

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,80 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Hpf. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamzeile 45 Goldpfennige. Inhaber: Dr. Hermann Dietrich W. d. R. Druckerei: Druckerei des Verlegers in Nagold. Fernsprecher: Nagold Nr. 5780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 139 | Altensteig, Freitag den 18. Juni | 1926

Zum Volksentscheid.

Minister a. D. Hermann Dietrich W. d. R. schreibt zum Volksentscheid:

Wenn diejenigen, welche jetzt die wildesten Anhänger der Enteignung der Fürstenthümer sind, ein wenig Objektivität besäßen, dann wüßten sie, daß die Sünder, welche die gegenwärtige unglückselige Aktion letzten Endes zu verantworten haben, in ihren eigenen Reihen sitzen. Der totale Unfähigkeit zahlreicher Revolutionen ist es zu danken, daß die Auseinandersetzung mit den Fürsten in den meisten deutschen Staaten nicht alsbald nach dem Umsturz nach politischen Grundrissen vorgenommen wurde. Es ist für alle diese Staaten eine Schande, daß heute, nach nahezu acht Jahren, diese Frage zu erledigen. Aus dieser Stellungnahme ergibt sich, daß es zum mindesten auch kein Ruhmesblatt ist für den Reichstag und vornehmlich für die großen Flügelparteien, die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen, daß ein verständiger Kompromiß in der ganzen Angelegenheit im Reichstag nicht zustande kam. Ich persönlich bin daran mehr wie unerschuldigt. Der ursprüngliche Gesetzentwurf, welcher die Länder ermächtigen wollte, die Auseinandersetzung durch Gesetz zu regeln vom November v. J. ist mein ausschließliches geistiges Eigentum und von mir mit zwei anderen Herren zusammen auch redigiert. Aber die „Klugheit“ derjenigen, die nicht einen vernünftigen Vergleich wollen, sondern parteipolitische Geschäfte mit dieser Sache machen wollen, hat dahin geführt, daß die Regierungsparteien im Reichstag bei den großen Flügelparteien, den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten mit ihren Verständigungsversuchen keine Gegenliebe fanden. Und jetzt ist das Volk aufgerufen zu einer Entscheidung, die sachlich nicht zu verantworten und praktisch nicht durchzuführen ist. Das gesamte Vermögen der Fürsten, ihrer Familien und Familienangehörigen soll ohne Entschädigung enteignet werden. Natürlich wird man ihnen Schade und Strümpfe belassen, obwohl von radikalen Gegnern des Entscheides auch solche Behauptungen kommen werden. Tatsächlich aber würde ihnen nach diesen Bestimmungen des Entwurfs nicht einmal das Mobiliar bleiben. Für Baden bedeutet die Annahme des Entscheides nicht nur, daß das Volkommen mit dem Großherzog über den Haufen geworfen und ihm die Krönungen, die ihm zugesprochen sind, genommen werden, sondern daß auch sein in der Revolution unbestrittenes Privateigentum weggenommen würden. Der Prinz Max aber müßte die Herrschaft Salem, die schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von Professor Rittermeier als Privateigentum begutachtet ist, herausgeben.

Nun bin ich der Letzte, der das Privateigentum für ein unumstößliches Dogma erklärte. Der Eigentumsbegriff hat im germanischen Recht im Laufe der Jahrtausende stark gewechselt und er wird auch in Zukunft wechseln. Und in einer Zeit, wo Millionen ums Leben gekommen sind, ist das Eigentum schließlich nicht das höchste Gut. Aber eines muß man verlangen, daß, wenn einmal ein Volk sich eine Verfassung gegeben hat, wie das deutsche in Weimar, so müssen die Grundzüge dieser Verfassung beachtet werden. In dem Grundrecht der Weimarer Verfassung steht aber, daß alle vor dem Gesetz gleich sind, auch die ehemaligen Fürsten, und daß das Eigentum von der Verfassung gewährleistet wird. Davon weicht man nicht ab, wenn man durch Gesetz strittige Rechtsverhältnisse, wie sie bezüglich des Fürsteneigentums meist vorliegen, nach Billigkeit ordnet, wohl aber dann, wenn man den Fürstenthümern einfach alles, auch das unbestrittenste Privateigentum, wegnimmt. Sodann aber sind die politischen Folgen unübersehbar. So verheerend es für den monarchischen Gedanken war, daß zahlreiche Fürstenthümer in einer wenig vornehmen Art unerhörte Ansprüche an die Staaten stellten, so unklug ist es jetzt, die Fürsten zu Märtyrern zu machen. Dazu kommt aber, daß der gegenwärtige Reichspräsident die Enteignung der Fürsten nicht durchführte, also abdankte. Wo will das deutsche Volk einen geeigneten Kandidaten für die Präsidentschaft hernehmen, der dann den Entscheid vollzieht? Aber selbst, wenn ein solcher gefunden wird, glaubt ein Mensch, daß dann Bayern sich fügen wird und die Wittelsbacher enteignet? Geht uns aber letzten Endes nicht die Reichseinheit, die wir endgültig gerettet glaubten, über alles, auch über die ihr gegenüber unbedeutende Frage des Entscheides über die Fürstenthümer? Die Tatsache, daß wir das Reich erhalten haben, hat uns bereits wirtschaftlich wieder zur Hauptmacht des Kontinents gemacht. Die Sprengung des Reichs, und wenn nur Bayern hinausginge, würde die Arbeit von Jahren ruiniert. Kluge Leute meinen, man könne dann, wenn der

Entscheid durchgegangen sei, im Wege der Gesetzgebung die Schärpen mildern; vielleicht ginge es im Wege eines Ausführungsgesetzes. Vor diesem Standpunkt möchte ich dringend warnen. Was soll denn die Anrufung des souveränen Volkes, wenn dann der Reichstag, der eben erst verjagt hat, durch ein Ergänzungs- oder Ausführungsgesetz den Mehrheitswillen des Volkes, das er vertritt, alsbald fortigiert.

Für mich vollends ist die Annahme des Entscheides aus badischen Gründen vollkommen unmöglich. Wir haben mit den Fürstentümern nicht in Feindschaft gelebt, als der alte Staat zerbrach. Wir haben uns schwer von ihnen, aber zum wenigsten in einer anständigen Form getrennt. Wir haben eine Auseinandersetzung gemacht, die wir zugleich mit der Verfassung verabschiedet haben; und das alles haben wir feierlich versprochen, zugesagt und beschlossen. Ich kann nicht das widerrufen, was ich damals mit der gesamten badischen Regierung und mit dem gesamten badischen Landtag in einmütigen Abstimmungen getan habe. Ich empfehle den badischen Staatsbürgern, sich in jene stürmische Zeit zurück zu verlegen und sich zu besinnen, wie sie damals gedacht haben. Auch wenn man wie ich in den heutigen Staat fest hineingewachsen ist und weiß, daß er die alleinige Basis unserer Zukunft ist, muß man sich hüten, wenn anderswo Fehler gemacht worden sind, das, was man richtig und anständig gemacht hat, zu widerrufen und verkehrt zu machen. (Wohlwollen kann man auch von Württemberg und seinem Fürstenthum sagen.)

Man muß hoffen, daß der Volksentscheid durchfällt, und man muß erwarten, daß dann die Parteien des Reichstages sich darauf besinnen, daß es ihre Aufgabe und ihre Pflicht ist, eine so schwierige und für einen Volksentscheid gänzlich ungeeignete Frage wie die Auseinandersetzung mit den Fürsten im Wege eines vernünftigen Kompromisses zu regeln.

Dr. Wienbeck, W. d. R., Handwerkskammerpräsident, schreibt:

Aber Sinn und Zweck des Volksentscheides am 20. Juni herrschen in allen Schichten des Volkes die unklaren Vorstellungen. Ein alter Forstausseher fragte mich neulich mitten im Walde, wie er sich bei der Abstimmung verhalten solle. Er selbst und manche Bauern der umliegenden Dörfer seien der Ansicht, daß die Fürsten etwas von ihrem Besitz abgeben könnten. Als ich ihm klarmachte, daß es sich nicht um irgendeine Abgabe, sondern um eine völlige Enteignung handelt, geriet er in das größte Erstaunen und äußerte sich dahin, daß man doch auch den Fürsten etwas als Eigentum belassen müßte. Ihm und seinen Freunden sei es völlig neu, daß der Volksentscheid die völlige Enteignung fordere. Unter diesen Umständen darf man natürlich überhaupt nicht zur Abstimmung gehen.

Wie im Bauernstande und bei den Landleuten, so ist man sich auch im gewerblichen Mittelstande vielfach nicht klar über die Bedeutung der Abstimmung; so haben z. B. manche Verbände, die Teile des Handwerks oder des Einzelhandels umfassen, sich nach beliebigen Vorbildern als neutral gegenüber dieser Abstimmung erklärt, d. h. sie wollen weder eine Parole für ihre Mitglieder ausgeben, noch Mittel, um den Volksentscheid zu bekämpfen. Diese Haltung muß im Interesse dieser Stände durchaus bedauert werden. Der tiefste Sinn des Volksentscheides ist der, zum erstenmal im deutschen Recht das Grundrecht eines Staatsbürgers auf Privateigentum zu erschüttern.

Deswegen verkündeten die Berliner Straßenredner, die feinerzeit für das Volksbegehren eintraten, überall, daß man, wenn die Fürstenteignung gelänge, sodann an die Enteignung des Haus- und Grundbesitzes gehen würde. Auf diese Weise will man das Ziel der Enteignung, des Besitzes überhaupt, also die Sozialisierung, erreichen. Dieser Kampf und sein Ziel haben also mit Parteipolitik nichts mehr zu tun, sondern es ist der Angriff des Volkswillens auf den bürgerlichen Besitz. Ein solcher Angriff muß durch eine starke, offene Einheitsfront aller besterwerbenden Stände bekämpft werden. Der Handwerksmeister, der Kaufmann, der Einzelunternehmer, ja auch der Arbeiter mit kleinem Haus- und Landbesitz schaukeln an ihre eigenen Gräbe, wenn sie den sog. Volksentscheid nicht auf das schärfste abwehren. Die politischen Parteien, in erster Linie die Deutschnationalen, führen diesen Kampf für jeden Staatsbürger, auch für die Fürsten; es muß aber erwartet werden, daß die Erwerbstätigen, die es angeht, dem Kampf nicht untätig zusehen.

Der Bauer, der Kaufmann, der Handwerker, der Arbeiter mit einem Besitz kann und muß den Kampf da-

durchführen, daß er die Parole „Nicht hingehen zum Volksentscheid“ nicht nur für sich und seine Familie, sondern für seinen ganzen Bekanntenkreis auf das schärfste vertritt und überwacht. Wer für den Volksentscheid eintritt, ist der geschworene Feind dieser Erwerbstätigen und muß bekämpft werden um der einfachen Selbsterhaltung willen, die nicht das geringste mit politischen Zielen und Programmen zu tun hat.

Der Sparerbund zum 20. Juni 1926. Vorstand und Beirat des Sparerbundes für das Deutsche Reich haben zu der Stellung des Sparerbundes gegenüber dem Volksentscheid über Fürstenteignung folgenden Beschluß gefaßt.

Der Sparerbund will demnächst ein Aufwertungsbegehren mit anschließendem Volksentscheid durchführen. Er kann daher keinerlei Maßnahmen empfehlen, die geeignet sind, das Interesse der breiten Volksschichten an dem wichtigsten Akte der Volksgesetzgebung, nämlich der Abstimmung zum Volksentscheid, abzuschwächen. Deshalb rät der Sparerbund seinen Organisationen, den Gläubigern und Sparern zu empfehlen, an dem Volksentscheid am 20. Juni 1926 durch Abstimmung teilzunehmen und so zu stimmen, wie es der eigenen Ueberzeugung entspricht. Entsprechend dieser Parole des Reichsverbandes, die sich mit einem schon früher gefaßten Beschluß des Stuttgarter Vorstandes und Ausschusses deckt, fordert der Württ. Sparerbund die württembergischen Sparere, Gläubiger und Rentner auf, sich am Volksentscheid durch Abstimmung zu beteiligen und je nach eigener Ueberzeugung mit Ja oder Nein zu stimmen. Der Sparerbund ist grundsätzlich gegen entschädigungslose Enteignung privaten Eigentums. Er weist jedoch darauf hin, daß durch die Aufwertungsgeetze vom Juli 1925 die Massen des sparenden Volkes entschädigungslos enteignet worden sind und protestiert auf das entschiedenste dagegen, daß die Regierung und große politische Parteien auf der einen Seite Recht und Moral betonen und zum verfassungsmäßigen Schutz des Privateigentums aufrufen, während sie im Vorjahre diese Grundzüge ganz mißachtet haben, und jetzt planen, das Volksbegehren des Sparerbundes, das in maßvoller Weise das begangene Unrecht wieder gutmachen und Recht und Moral wiederherstellen will, durch ein Ausnahmengesetz zu verhindern. Es kann nicht zweierlei Recht in Deutschland geben: Schutz des Eigentums der Fürsten und Sachbesitzer und Enteignung der Sparere! Wenn Millionen Sparere, Rentner und Gläubiger trotz grundfester Gegnerchaft gegen entschädigungslose Enteignung des Privateigentums am nächsten Sonntag für die Enteignung der Fürsten stimmen sollten, so ist daran die widerspruchsvolle Haltung der Reichsregierung und der betr. politischen Parteien schuld, welche dem Eigentum der Sparere das Recht auf den verfassungsmäßigen Schutz nicht zuerkennen wollen. Solange man den Willen zur Wiedergutmachung dieses Unrechtes nicht hat, muß es als Unwahrscheinlichkeit und Täuschung bezeichnet werden, wenn sich die Arbeitsgemeinschaft, die sich für das Eigentum der Fürsten einsetzt, „Arbeitsgemeinschaft gegen entschädigungslose Enteignung des Privateigentums“ nennt.

Landwirtschaft und Volksentscheid. Vom Landwirtschaftlichen Bezirksverein wird uns geschrieben: Der von der politischen Linken veranlaßte Volksentscheid über die völlige Enteignung der Fürsten verdient das besondere Augenmerk der Landwirtschaft, weil sich in ihm das von dieser Seite schon offen ausgesprochene Bestreben zeigt, ein politisches Ziel, das auf gewaltsamem Wege nicht erreicht werden konnte, nach und nach auf gesetzlichem Wege zu erzwingen: Die Beseitigung der Anwartschaft des Privateigentums. Bei der bekannt landwirtschaftsfeindlichen Einstellung der Antragssteller dieses Volksentscheides und der völligen Außerachtlassung der wirtschaftlich lebensnotwendigen Bedürfnisse der Landwirtschaft durch diese ist es leicht zu verstehen, daß ein Erfolg dieses Volksentscheides den Appetit der Linken anregen wird, den Besitz durch die Schaffung irgendwelcher Enteignungsmöglichkeiten zu schwächen und politisch zu knebeln. Wenn diese Maßnahmen dann zuerst treffen würden, davon erhielten die Landwirte einen kräftigen Vorgeschmack in den recht erheblichen Eingriffen in die Rechte des Grund- und Hausbesitzes (Wohnungszwangswirtschaft, Bauandgesetz u. a.) und in der wirtschaftsfeindlichen den Bauernstand fast erdrückenden Steuerpolitik. In der Auseinandersetzung des Staates mit den Fürsten dürfen die selbstverständlichen Grundgebote des Rechtsstaates nicht verlassen werden. Dieser Forderung entspricht ein von der Regierung vorgelegter Gesetzentwurf. Die Regierungsparteien haben sich in einer gemeinsamen Erklärung dafür eingesetzt, daß das zu schaffende Gesetz den Fürsten nur das Vermögen belassen wird, das sie als unzweifelhaftes Privateigentum erworben haben. Das ist die geeignete Grundlage auch für die Stellungnahme der Landwirtschaft. Den Volksentscheid am 20. Juni muß der Bauer deshalb strikte ablehnen und sich von der Beteiligung an ihm auf alle Fälle fernhalten. Dazu bestimmen ihn nicht nur staatsrechtliche Beweggründe. Es geht dabei um sein eigenes Hab und Gut. Um seiner Vorfahren willen, deren Tradition ihm seinen Hof und Betrieb erhalten, um seiner Selbsterhaltung und um die



Zukunft seiner Kinder willen muß der Bauer fern bleiben von einer Handlung, deren Tragweite für den Besiegenden gar nicht abzusehen ist. Ein Bauer, der sich an der Abstimmung am 20. Juni beteiligt, legt damit die Art an die Wurzel seiner eigenen Existenz. Das tut er auch dann, wenn er mit „Rein“ abstimmt, denn nach den gesetzlichen Bestimmungen muß bei dieser Abstimmung mindestens die Hälfte aller Wahlberechtigten überhaupt ihre Stimme abgeben (gleichgültig ob mit Ja oder Nein), wenn der Volkswille Geltung haben soll. Es kann also der Fall eintreten, daß der Volkswille wegen einer einzelnen Nein-Stimme zugunsten der Antragsteller entschieden wird, wenn von beispielsweise 40 Millionen Wahlberechtigten 20 Millionen mit Ja abstimmen und die übrigen 20 Millionen mit Nein stimmen, denn dann hat die Mehrheit die Hälfte abgestimmt. Schon dieses sonderbare Abstimmungsverfahren muß nachdenklich stimmen und ist ein Grund mehr für den Landwirt, die Abstimmung auf alle Fälle abzulehnen.

Neues vom Tage

Reichskanzler Dr. Marx über die Lage der Landwirtschaft

Berlin, 17. Juni. Der Reichskanzler Dr. Marx gewährte einem Vertreter des BLD eine Unterredung, in der er über die Lage der Landwirtschaft folgendes ausführte: Voll erster Sorge steht der Landwirt jetzt die Ernte kommen, die in weiten Gebieten und in den wichtigsten Feldfrüchten hinter der vorjährigen Ernte wohl zurückbleiben wird, während die Schuldenverbindlichkeiten des Landwirtes gegenüber dem Vorjahre nicht geringer geworden sind. Die Ueberführung der schwebenden Schulden in einen länger befristeten Kreditschritt machte seit der letzten Ernte zunehmende Fortschritte. Es darf nicht dahin kommen, daß unter dem Druck der schwebenden Schuld der Landwirt, wie im Vorjahre es häufig der Fall war, zu einem vorzeitigen Aufgeben der Erntetransporte zu Schleudertreisen gezwungen wird. Die neuerrichtete, mit beträchtlichen Geldmitteln ausgestattete Getreidehandlungsgesellschaft wird durch ihre Getreidekäufe hier regulierend einwirken. Ferner ist durch die Verhandlungen mit der Reichsbank und der Preussischen Zentralbank eine Vorkehrung getroffen, daß der Landwirt auf Grund eines in diesem Gewohnheitsjahre einbezogenen Getreides einen Kredit erhält, ohne daß zunächst ein vorzeitiges Aufgeben der Erntetransporte erforderlich ist. Gleichzeitig wird die erleichterte Lage des Geldmarktes auf eine elastischere Gestaltung der Kreditschritte der schwebenden Schulden hinwirken. Die Aufbringung der im Oktober und November fälligen Raten der Rentenbankdarlehenskredite ist von der Rentenbankkreditanstalt im Benehmen mit der Reichsregierung durch nachdrückliche Rückstellungen für diesen Zweck erleichtert. Die Reichsregierung wird zusammen mit der Reichsbank bemüht sein, die von den Zentralinstituten durchgeführte Herabsetzung des Zinsfußes in immer zunehmendem Umfange auch bei den örtlichen Kreditstellen in Auswirkung zu bringen. Daneben bleibt die Hausvorsorge, dem Landwirt ständige Sicherheit dafür zu verschaffen, daß er die Früchte seiner Arbeit zu Preisen absetzen kann, die seine Unkosten decken und seine Mühe und Arbeit lohnen. Es muß wieder dazu kommen, daß zwischen den Kosten für die Bedarfsgüter der Landwirtschaft und den Preisen ihrer Erzeugnisse ein angemessenes Verhältnis besteht. Dafür muß vor allem eine Voraussetzung geschaffen werden, das ist die Stärkung des inneren Marktes. Diese herbeizuführen, ist neben der Notwendigkeit, den deutschen Export nach allen Ländern zu fördern, eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung. Unter diesen Gesichtspunkten muß und wird die Handelsvertragspolitik zu führen sein.

Konferenz der deutschen Ernährungsminister

München, 17. Juni. Für die Freitag vormittag in München unter dem Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zusammengetretene Konferenz der deutschen Ernährungsminister ist folgende Tagesordnung aufgestellt worden: Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen,

Finanzierung der kommenden Ernte (Deutsche Getreidehandlungsgesellschaft, Getreidelombard), landwirtschaftliche Kreditfragen und die Lage der Milchwirtschaft, insbesondere Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Milch. Im Anschluß an diese Tagung ist am 19. Juni die Besichtigung der bayerischen Moorakulturanstalt Bernau vorgeseh.

Gegen ein Kabinett der nationalen Einigung

Paris, 17. Juni. Briand hatte heute vormittag mit Herriot und Poincaré sowie dem Abgeordneten Louis Martin von der republikanisch-demokratischen Vereinigung und mehreren sozialistischen Abgeordneten verhandelt. Havaas zufolge handelt es sich lediglich um einen Meinungsaustausch über die Bildung des Kabinetts und über die zur Durchführung des Finanzprogrammes geeigneten Mittel. Poincaré hatte später mit Peret eine längere Unterredung im Finanzministerium. Die Kammer ist heute zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten, in der die Vertagung auf Dienstag beschlossen wurde.

Paris, 17. Juni. Nach Beendigung seiner Vormittagsbesprechungen empfing Briand die Pressevertreter, denen er u. a. erklärte, daß es sich bei den bisherigen Verhandlungen lediglich um Programmfragen gehandelt habe. Er wolle nicht ein Ministerium zusammenbringen, das bereits kurz nach seinem Inseltreten mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe.

Die Beziehungen Englands zu Rußland

London, 17. Juni. Nach Blättermeldungen hält die englische Regierung einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland wegen der Unterstützung des englischen Generalkontrahenten durch russische Gelder nicht für gerechtfertigt. Gleichwohl beschloß sie einen Unterschied zwischen den diplomatischen Vertretern Rußlands und dessen Handelsorganisationen zu machen. Sie wird die bisher den Mitgliedern der Handelsorganisation eingeräumten diplomatischen Vorrechte stark beschneiden und Maßnahmen gegen eine Verbreitung dieser Organisationen zum Zweck einer Sowjetpropaganda ergreifen.

England stabilisiert den belgischen Franken

Brüssel, 17. Juni. Nach seiner Rückkehr aus London erklärte der belgische Finanzminister Franconi, daß es ihm gelungen sei, in London erneut Kredite zu erhalten. Nach der inneren Stabilisierung werde die Regierung daran gehen können, den Franken zu stabilisieren.

China bleibt im Völkerbund

Paris, 17. Juni. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Peking hat der erste chinesische Delegierte beim Völkerbund erklärt, China habe nicht die Absicht, sich vom Völkerbund zurückzuziehen.

Unterdrückung der elsass-lothr. Autonomiebewegung

Paris, 17. Juni. Wie Havaas aus Strassburg meldet, hat der Strassburger Gerichtshof erster Instanz den Rotar Dähle aus Bensfeld, der das autonomistische Manifest des Heimatbundes mit unterzeichnet hat und bei der Gerichtsverhandlung die volle Verantwortung für seine Handlungsweise ausdrücklich auf sich nahm, seines Amtes enthoben.

Ein Requiem für die Kriegesgefallenen aller Nationen

Rom, 17. Juni. In der Krypta der Friedensgedächtniskirche, die durch päpstliche Initiative errichtet wird, fand heute ein Requiem für die Kriegesgefallenen aller Nationen statt. An dem Katafalk lagen unter trauerumflorten Gewehrpyramiden die Fahnen sämtlicher Staaten, die an dem Krieg teilgenommen haben, darunter auch die rot-weiß-rote Oesterreichs und die schwarz-weißrote Deutschlands. Bei der Feier waren Vertreter sämtlicher Behörden und des diplomatischen Korps anwesend.

Sprengung einer deutschen Versammlung durch Russländer

Königsbütte, 17. Juni. Die Deutsche Volkspartei veranstaltete heute abend im Saale eines Hotels einen Vortragsabend. Kurz nachdem der erste Redner zu sprechen begonnen hatte, entstand vor dem Hause ein Tumult, der von den Insurgenten verursacht worden war und sich bald darauf auch im Saale fortsetzte. Die Versammlung wurde von den Eindringlingen gesprengt, wobei der Abgeordnete Goldmann mißhandelt wurde. Bei der im Saale entstandenen Panik trugen mehrere Personen Verletzungen davon. Der Polizeischutz erwies sich als ungenügend, obwohl die Versammlung angemeldet und genehmigt war.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 17. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtages wurden die gestern zurückgestellten Abstimmungen nachgeholt. Dabei wurde der Auszubehntertrag angenommen, bez. Senkung der Baukosten und Förderung der privaten Baugesellschaften sowie der gemeinnützigen Baugesellschaften. Angenommen wurde ferner ein Antrag Dr. Schermann (Ztr.), die Preisbildung der Baukosten durch eine eingehenden Prüfung zu untersuchen und ein Antrag Dr. W. B. (Ztr.), die Baukosten festzusetzen. Abgelehnt wurde ein kommunistischer Antrag, die Erträge der Gebäudeversicherungssteuer in vollem Umfang dem Wohnungsbau zuzuführen und ein Antrag P. (Ztr.), die Polizei an die Gemeinden zurückzugeben. Alle anderen Anträge wurden an den Finanzausschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Abgabe des Staats- und Kreisbesitzes nach Rußland und der dritte Nachtragsetz. betr. Förderung des Luftverkehrs wurden in erster Lesung debattiert. Bei Fortsetzung der Beratung des Etats des Innern teilte Minister Böls zum Kap. 22 (Staats- und Privatrentenanstalten) mit, daß in Zweifeln ein Irrer morgens tot aufgefunden wurde, daß sich aber keine Klarheit darüber ergab, ob der Irrer die Verlesungen schon bei der Einlieferung hatte oder erst nachher erhielt, weshalb die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellte. Beim Kap. 23 (Gesundheitswesen) gab es eine längere Debatte über den Auszubehntertrag, eine besondere staatsliche Anstalt für tuberkulose Kinder zu errichten. Minister Böls stellte sich auf den Standpunkt, daß für die Anstalt kein Bedürfnis vorliege und daß es besser wäre, die bestehenden Anstalten und die Eltern zu unterstützen. Ein Antrag Dr. Schermann (Ztr.), an Stelle der Errichtung einer staatslichen Anstalt die Verlesungen der auf dem Gebiet der Tuberkulosefürsorge tätigen Körperschaften und Verbände (Charitasverband und Verein für Volksheilstätten) durch ausgiebige staatliche Zuschüsse zu fördern, angenommen. Der Abg. Föllisch (Ztr.) wies darauf hin, daß die Verschickung schwäbischer Kinder ins Banat, an die Nord- und Ostsee, allmählich zu Auswüchsen und Vertreibungen geführt habe und daß die Kinder innerhalb der schwarzen Grenzlinie nicht besser untergebracht wären. Beim Kap. Veterinärwesen wurde nach längerer Aussprache der Auszubehntertrag angenommen, zu erwägen, ob angesichts der guten Wirkung der Behandlung der Maul- und Klauenseuche durch Impfung Erleichterungen in den Abfernungsmahregeln zugelassen werden können und zu prüfen, ob es nicht möglich ist, die Freigabe der verpackten Geflügel durch Oberamtsärzte und Oberamt alsbaldmöglichst durchzuführen. Angenommen wurde ferner ein Antrag Kap. (Ztr.), den Geflügelhändlern zu ermöglichen, daß sie Auszubehnter verkaufen, sofern sie mit diesem Geflügel nicht in Verbindung kommen. Beim Kap. 25 (Landesoberbauverwaltung) wurde ein Antrag der weiblichen Abg. Planck (Ztr.) über ein Renovation der Behältnisse im Bedammenbereich gegen die Stimmen des Bauernbundes angenommen. Minister Böls bedauerte, daß der Vertrag mit der Stadt Stuttgart wegen Neubaus der Landesoberbauverwaltung immer noch nicht abgeschlossen ist. Schließlich wurde noch in die Beratung des Kap. 77 (Straßen- und Wasserbau) einmündet. Die Großen Anträge betr. die Hochwasserschäden werden in der morgigen Sitzung zur Behandlung kommen.

Die köstliche Perle

Original-Roman von Karl Schilling

(Nachdruck verboten)

Der Platz am Oberende der Tafel war frei. Er gehörte Frau Kommerzienrat! Sie war heute abend nicht erschienen. „Migräne! Habe sich jetzt zur Ruhe begeben. Vasse sich entschuldigen. Habe Verdruß gehabt!“

Ihr Gatte schien darüber keineswegs betrübt zu sein. Ihre Ehe war ja nur ein konventionelles Hinleben, und es hatte schon einmal in Falkners Gegenwart peinliche Auseinandersetzungen gegeben.

Dr. Falkner lächelte sofort: daß die Schwiegermutter nicht zum Abendessen erschien, sollte ihn kränken, das sollte ein Teil ihrer kleinen Noche sein für das, was sich heute in seinem Spechzimmer abgespielt hatte.

Nachmals überdachte jene Szene. Nein, er bereute sie nicht! Nun würde er wohl ein paar Tage vor ihren Besuchen Ruhe haben.

Müde und langweilig wie eine ferne Kata morgana stieg Sekundenlang vor Falkners Auge das Dugendhaus in der Martrage auf, das armselige Maniardenstübchen, die tiefen blauen Augen Charlottens, das bleiche, gute Gesicht der Frau Ferras.

Noch nie war ihm der Aufenthalt bei seiner Braut so quälend vorgekommen wie heute. Er konnte es sich nicht verhehlen, daß er erleichtert aufatmete, als er gegen halb 10 Uhr seiner Braut den Gutenachtkuß auf die Lippen drückte und sich mit einem kühlen Gruße von seinem Schwiegervater verabschiedete.

Während Falkner langsam und nachdenklich seiner Behausung zuehlenderte, gab es im Schlafzimmer der Wohlbedienten Eheleute noch eine interessante Unterhaltung.

Frau Kommerzienrat konnte wohl kaum an heftiger Migräne leiden.

Sie hatte sich beim Kommen Falkners schnell in ihr Zimmer begeben, legte sich auf den bequemen Divan und ließ sich ein sehr opulentes Menu servieren, verachtete es auch

nicht, von dem schweren Scherry ein paar Gläser zu sich zu nehmen.

Sie glaubte, Dr. Falkner würde sich Vorwürfe machen, wenn er sie bei der Abendtafel nicht anträte. Daneben spürte sie einen gewaltigen Haß gegen das „Bettelmädchen mit der Jahrmachtsbroche“. Zu ihrem Verdrusse wußte sie weiter nichts als den Vornamen „Charlotte“.

Ihre niedrige Seele argwöhnte. Ob hier nicht eine alte Liebesaffäre noch spielte! Man mußte vorsichtig sein! Dr. Falkner war ja das Kind von „Kleinleuten“, und die heute von ihm so offensichtlich begünstigte Bittstellerin stammte zweifellos aus den niedrigsten Volksschichten. Und sie, die „Frau Kommerzienrätin“, hatte wenig Vertrauen zu dieser Art Leute.

Man konnte nicht wissen, was das Mädchen beabsichtigte! Und von Falkner wäre es empörend rücksichtslos gewesen, sie jenem Mädchen nachzustellen und sie in so häßlicher Weise zur Abfahrt zu zwingen. Nun, das wollte sie ihm schon später heimzahlen!

Nach langer lag heute Frau Kommerzienrat wach, grübelte, machte Pläne und ersehnte aufrichtig das Heimkommen ihres Gatten.

Der hatte sich inzwischen in einem Separatzimmer der Tischlerischen Weinstube mit einigen Börsenfreunden noch ein paar vergnügte Stunden geschaffen und kam erst gegen 1 Uhr in frohlichster Laune heim.

Er war verwundert, seine Frau noch munter vorzufinden und die Liebenswürdigkeit, mit der sie ihn empfing, verteilte ihm, daß ihren Geist irgend ein Plan beschäftigten mußte, zu dem er hilfreiche Hand bieten sollte.

Scheinbar interessiert hörte er ihr zu, während er sich auskleidete und dabei oft die Hand vor den gähnenden Mund hielt.

Dazwischen murrte er ein zustimmendes „Ja, ja! — gewiß! Gern!“, ohne aber recht zu erfassen, was seine Frau eigentlich von ihm wünschte.

Dr. Falkner sollte ein Liebesverhältnis mit einem Bettelmädchen haben? Ganz unüberlegt fuhr ihm die einzige

ihn dabei interessierende Frage heraus: „Ist sie hübsch?“ Im gleichen Augenblick fühlte er aber, wie unpassend seine Frage gewesen war. Er suchte sie daher mit einem gekrümmten „So was! Nein, ganz unerhört!“ zu vertuschen, während er in seinen Gedanken dachte: „Siehe an, Falkner, der Schäfer! Hätte das gar nicht von ihm gedacht, sieht so solide und ernst aus! Na, na, werde mal unter vier Augen mit ihm sprechen!“

So — nun stieg er langsam und vorsichtig in sein Bett. Wie weich und wohligh die Federn waren!

Die Augen fielen ihm zu. Er war wirklich todmüde, und noch immer predigte seine Frau. Im Halbschlaf hörte er noch: „Das dürfte nicht geduldet werden, schon um Theolines willen nicht! Hier müßte reine Wirtschaft gemacht werden! Gleich morgen solle er nach Namen und Wohnort des Mädchens forschen. Sehr geeignet als Hilfe hierzu erscheine ihm sein Privatdiener Paul Heiler. Der sei geschickt, klug, vorsichtig und verschwiegen!“

Nun war Herr Wohlbrink eingeschlafen, fest und tief. „Paul Heiler“, das Wort zog noch im Traume seine Kreise. Ja, der war pfffig!

Als Frau Kommerzienrat die lauten Atemzüge ihres Gatten hörte, schloß sie mit einem langen ärgerlichen Seufzer ihre Kede. Ja, ja, es war eine Not mit diesem Manne! Für nichts hatte er Interesse, nicht einmal für das Wohl seines einzigen Kindes!

Da war sie anders, ganz anders! Sie opferte alles für ihre Tochter, selbst den Schlaf der Nacht! Bis zum Morgen lag sie noch grübelnd und sinnend im unruhigen Halbschlummer.

Sie zeichnete sich ihren Plan klar und scharf vor. Es stand bei ihr fest, daß Falkner aufs genaueste „beobachtet“ werden müsse. Das mit der Broche war nicht ohne Gefahr, und sie wollte ihr Kind auf keinen Fall einem Manne anvertrauen, der nicht in jeder Beziehung einwandfrei war.

Zu ihrer Genugtuung fand sie in Heiler, ihres Gatten Privatdiener, einen ebenso willigen wie verschwiegenen Helfer. (Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 18. Juni 1928.

Das fortgesetzte Regenwetter wächst sich nach und nach zu einer großen Sorge aus. Glaubte man am Sonntagabend und Montag und schließlich auch noch am Dienstag, dem heiligen Veit, es ändere sich die Zeit — und man bekomme endlich besser Wetter, worauf das Wetterglas hindeutete, das ständig in die Höhe ging, so täuschte man sich, denn immer morgens schon begrüßte erneutes Regenwetter den Tag und brachte neue Wetterforgen, so auch der heutige Morgen wieder. Das Wetterglas ging lehter Tage wieder ständig zurück und mit ihm auch die Hoffnung auf eine Besserung des Wetters. Mit großer Sorge sieht besonders der Landwirt, der vom Wetter ganz abhängig ist, zum Himmel, hoffend, daß er endlich ein Einsehen haben möge, denn die durch das häufige Regenwetter oft sehr reife Frucht beginnt zu fallen, besonders der Roggen, der seither so vielversprechend dastand. Das sei sollte endlich unter das Dach kommen und auch die Kartoffeln leiden unter dem fortgesetzten Regen. Auch die Luftkurorte, die Gaststätten derselben und die, welche die notwendige Ausspannung und Erholung auf dem Lande suchen, leuchten unter dieser Witterung. Selbst den Wetterprognostikern, die es gewiß gut meinen und in dieser regentüchtigen Zeit die Herzen der verzagenden Menschen aufheitern suchen, dürfte der Spott vergehen und der Ernst der Situation vor Augen treten. Es ist aber immer wieder anders geworden und so ist zu hoffen, daß dies auch jetzt bald der Fall sein möge und daß uns die Sonne bald wieder mit ihrem lichten Schein erfreut und die durch den Regen entstandenen Sorgen verschweicht!

Vom Bezirksrat Ragold. Aus den Verhandlungen vom 14. Juni ist folgendes zu erwähnen: Der vom Gemeinderat beschlossene Ortsbauplan für die Freudenstädterstraße, den Reisterweg, die Gewande, Jügelrain, Lehmgrube, Vorderer Lehmberg und Kreuzsime wird genehmigt. — Von der Zurückziehung des Oberamtspflegers Rapp, der kürzlich das 67. Lebensjahr vollendet hat, wird unter Anerkennung seiner treuen und erprießlichen Dienste Kenntnis genommen. — Anlässlich der Neuwahl des Oberamtspflegers, die von der nächsten Amtsversammlung vorzunehmen ist, soll eine Neuordnung in der Weise erfolgen, daß die Geschäfte des Wohlfahrtsamts teilweise von der Oberamtspflege zu übernehmen sind. — Der Gemeinderat Altensteig beantragt, die Amtskörperschaft wolle ein zweites Bezirkskrankenhaus in Altensteig erbauen und betreiben, auch hat er sich verpflichtet den Hauptlast unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und einen angemessenen Baukostenbeitrag zu leisten. Nach den angestellten eingehenden Erhebungen und dem Gutachten des Oberamtsarztes kann ein Bedürfnis für ein zweites Krankenhaus im Bezirk nicht anerkannt werden, auch ist nicht damit zu rechnen, daß unter diesen Umständen vom Staat der übliche Beitrag zu den Baukosten gewährt wird. Da zudem der Aufwand für die Erstellung und Einrichtung eines Krankenhauses mit etwa 40 Betten sich insgesamt auf mindestens eine halbe Million Mark belaufen wird, ferner der Betrieb als solcher zu schußbedürftig ist, vermag der Bezirksrat diesem Antrag nicht zu entsprechen. Er empfiehlt daher der Amtsversammlung diesen Antrag abzulehnen. — Die Erweiterung des Bezirkskrankenhauses in Ragold läßt sich nach dem übereinstimmenden Gutachten des Krankenhausarztes und des Oberamtsarztes nun nicht mehr länger hinauschieben, da weder der vorhandene Operationsraum den heutigen hygienischen Forderungen genügt, noch die Bettenzahl ausreicht. Der Bezirksrat ist daher entsprechend dem Vorgehen anderer Bezirke genötigt, die Notwendigkeit und Dringlichkeit der angeregten Verbesserungen anzuerkennen und beschließt daher, der Amtsversammlung die Erweiterung und Verbesserung des Bezirkskrankenhauses unter Benützung des im Jahr 1915 aufgestellten Planes zu empfehlen. — Die landwirtschaftliche Winterschule soll im Herbst d. J. in Ragold eröffnet werden. Während die Stadt Ragold die Räume in der früheren Präparandenanstalt unentgeltlich zur Verfügung stellt, sollen die übrigen Kosten, soweit sie nicht der Staat trägt, von der Amtskörperschaft übernommen werden. — Der von der Oberamtspflege vorgelegte Haushaltsplan der Amtskörperschaft für 1928 wird beraten und bei einem Abmangel von 208 633 Mark der Amtsversammlung eine Umlage von 190 000 Mark vorgeschlagen, der übrige Abmangel soll aus verfügbaren Restmitteln gedeckt werden.

Die Art der Stimmabgabe beim Volksentscheid. Antlich wird mitgeteilt: Ueber die Art der Stimmabgabe beim Volksentscheid bestehen zum Teil noch Zweifel. Der Stimmsettel enthält folgende Frage vordruckt: „Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf jenes Gesetzes über Entschneidung der Fürstentümer Gesetz werden?“ Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, unter dem vordruckten Wort „Ja“, der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, unter dem vordruckten Worte „Nein“ in den dafür vorgesehenen Kreis ein Kreuz setzt. Es empfiehlt sich bei der Stimmabgabe, sich nur des Kreuzes zu bedienen. Ob andere Abstimmungszeichen, z. B. ein Strich gültig sind, würde erst im Wahlprüfungsverfahren zu entscheiden sein.

Sulz a. N., 17. Juni. (Brandfall.) Gestern nachmittag kurz nach 2 Uhr ertönte Feueralarm. In einem städtischen Magazin, dem sogenannten Hürdenhaus in nächster Nähe der städtischen Turnhalle, war Feuer ausgebrochen. Die

im Magazin in Massen aufgestapelten Holzgeräte (Schaufeln, Bretter, Pfähle usw.) boten dem Feuer reichlich Nahrung und in kurzer Zeit stand das ganze Magazin in lichterloh flammend. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle und gelang es dieser bald, namentlich nach Eintreffen der Motorpumpen der Buntweberei, den bedrohten Turnhallenbau, der bereits an seiner Giebelseite Feuer gefangen hatte, zu retten. Das Hürdenhaus selbst, das größtenteils aus Brettern erbaut war, brach bald zusammen, der große brennende Holzhaufen wurde durch die Wassermassen der Motorpumpen in kurzer Zeit gelöscht.

Stuttgart, 17. Juni. (Landesversammlung des Süddeutschen Vereins für Schwerhörige und Ertaubte.) Kürzlich fand hier die Jahresversammlung des nahezu 1000 Mitglieder zählenden Süddeutschen Vereins für Schwerhörige und Ertaubte statt. Bei den Verhandlungen des ersten Tages, die durch die Benützung des Vizepräsidenten der Ortsgruppe Stuttgart wesentlich erleichtert wurden, wurde betont, daß ein ausgedehnter Schutz vor Schwindel jeder Art anzustreben sei. Die Schwerhörigen wurden vor den vielen angepriesenen Mitteln und Apparaten gewarnt.

Die neue Stadthalle. Am Donnerstag nachmittag fand eine Besichtigung der neuen Stadthalle durch den Gemeinderat und die Presse statt. Die Führung hatte Bauart Feuerleber, der über die bauliche Anlage nähere Erläuterungen gab. Die Eröffnung der Halle erfolgt Freitag abend. Die Halle stellt in ihrer äußeren Form einen Bau von großer Geschlossenheit und beherrschender Wirkung dar. Der Haupteingang liegt an der Redarstraße. Durch acht zweiflügelige Tore gelangt man zunächst in eine Vorhalle von 1000 Quadratmeter Flächenraum und durch breite Seitens- und Haupttreppen in das 5000 Quadratmeter große Saalgeschoss oder in die Arena, die von einem Umgang umgeben ist, aus dem man über 16 Treppen auf die Tribüne gelangt. In der Halle haben 7000 Personen Platz und zwar auf der Tribüne und in der Arena je 2000, wozu noch 1000 Stehplätze hinzukommen. Die Halle hat eine Ausdehnung von 50:100 Metern ohne Vorbauten. Die Arena ist selbst 70 Meter lang und 34 Meter breit. Die Höhe des Baus an der Redarstraße beträgt 27 Meter. Im Inneren der Halle fällt die Holzkonstruktion auf. Es sind 12 Dreiecksbinder mit einer Spannweite von 50 Metern. Die Raumakustik hat sich bis jetzt sehr gut bewährt. Die Halle ist gedacht zu großen Versammlungen und Tagungen, weshalb sie heizbar gemacht wird, ferner für große Ausstellungen, für Musik, Theater- und gesellschaftliche Darbietungen, vor allem auch für sportliche Veranstaltungen.

Großespaß O. A. Badnang, 17. Juni. (Aus Notwehr.) Der Händler August Rehrer wurde nachts von zwei unbekannten Personen überfallen und gefoltert. In der Wut darüber begab er sich am andern Tag vor das Haus eines der beiden vermeintlichen Täter. Er hatte sich mit einer Pistole bewaffnet. Der Angegriffene griff nun aber zum Revolver und gab einen Schuß ab, der Rehrer in den Bauch traf. Der Schwerverletzte wurde ins Bezirkskrankenhaus nach Badnang verbracht.

Biberach, 17. Juni. (Tödlicher Unfall.) Mittwoch abend fuhr ein Personauto zwischen Alfen und Rapertshofen beim Ausweichen eines Fußwärters in den Straßengraben. Das Auto überschlug sich, die Insassen unter sich begrabend. Eine Frau, wie verlautet, die Schwester des verstorbenen Hummel-Warthausen, war sofort tot, während die übrigen Mitfahrenden mit teils schweren, teils leichteren Verletzungen davonkamen.

Evangelischer Landeskirchentag

Stuttgart, 16. Juni. Am Mittwoch beriet der Landeskirchentag eingehend über eine beschlossene Bekanntmachung des Oberkirchenrates betr. Fragen der Abendmahlfeier und stimmte derselben zu. Abg. Vollmer forderte im Auftrag der Gemeinschaften des Bräuderbundes und der Süddeutschen Vereinigung völlige Freigabe des Abendmahles, eine Forderung, mit der der Bräuderbund bei vorhergehenden Verhandlungen mit dem Oberkirchenrat nicht herozugetreten war. Der Oberkirchenrat, ferner der Führer der Gruppe 1, Abg. Keil, sowie die Vertreter der Altdeutschen Gemeinschaften, namentlich Abg. Luz lehnten diese Forderung ab, da auf diesem Weg die Gemeinschaften zur Bildung eigener Kirchen übergeben, während sie Kaufmann und Zukunft nur innerhalb der Volksgemeinschaft haben. Mit der Annahme der Vorlage hat der Landeskirchentag unter Überwindung mancher Bedenken das überlieferte gute Verhältnis zwischen Gemeinschaften und Kirche in Württemberg weiter befestigt. Am Donnerstag wurde über die Neugestaltung des Spruch- und Liedbuches beraten.

Im Hinblick auf das kommende 8. Schuljahr und auf die Einführung neuer Religionslehrlinien sah sich der Oberkirchenrat zu einer Neubearbeitung des Spruch- und Liedbuches veranlaßt. Der neue Entwurf enthält gegenüber der letzten Ausgabe von 1913 mit Rücksicht auf das weitere Schuljahr 275 Sprüche statt 250 und 34 Lieder statt 30. Eine große Anzahl von Sprüchen wurde wesentlich gekürzt, eine Reihe durch andere ersetzt, wobei auf Lesemäßigkeit und das Gemeinschaftsleben in Volk und Kirche bedachtigende Worte besonders Bedacht genommen wurde. Nach eingehender Beratung stimmte der Landeskirchentag dem Entwurf einstimmig zu. Zum Schluß der Tagung sprach Vizepräsident Welsch die tiefste Anteilnahme der evangelischen Kirche an der Not der Arbeitslosen aus.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Schwere Missetat in Dortmund. Der Hausbesitzer Johann Maszkowski, ein mehrfach mit Zuchthaus verurteilter Mann, hat in Dortmund aus bisher unbekannter Ursache seine Frau und seine drei Kinder im Alter von 4-9 Jahren und einen Kostgänger mit einer Axt erschlagen. Darauf brachte er einer fremden Frau, ebenfalls mit der Axt schwere Verletzungen bei und erschloß sich dann selbst.

Schnellzugskatastrophe in Pittsburg. Auf der Linie der Pennsylvania-Eisenbahn ist 50 Meilen südlich von Pittsburg ein Schnellzug in die Schienenwagen eines vorausfahrenden Schnellzuges hineingerannt. Soweit Meldungen bis jetzt vorliegen, dürften 18 Personen getötet, sehr viele verwundet worden sein.

Gerichtssaal

Die Bernkasteler Winzerunterschneidung vor Gericht

Triar, 16. Juni. Der auf mehrere Tage berechnete Prozeß der Bernkasteler Winzerunterschneidung begann gestern vor dem Großen Schöffengericht. Es handelt sich um die Erfüllung des Finanzamtes, der Finanzkasse und des Zollamtes in Bernkastel am 25. Febr. d. J., wobei die Schranke zertrümmert, die Fensterscheiben zerbrochen, die Älten auf die Straße geworfen und drei verschiedene Kasseorten des Kreises Bernkastel wegen Landestriedensbruchs, Hausfriedensbruchs, Gewalttätigkeiten, Rißhandlung und Sachbeschädigung, darunter drei als Räubersführer. Die Vernehmung der Angeklagten, die sich über den ganzen Tag erstreckte, ergab, daß eine Anzahl von ihnen vom Finanzamt gefändelt worden waren und daß mehrere sich das Geld leihen mußten, um die rückständigen Steuern bezahlen zu können. Im Namen aller Angeklagten gab ein Verteidiger die Erklärung ab, in der diese feststellten, daß sie keine Kommunisten seien und nichts mit solchen zu tun haben wollten. Sie würden es beärchen, wenn durch ein besonderes Reichsgesetz ihre Sache niederschlagen werde. Sie seien auch keine Separatisten, böten im Gegenteil die Separatisten aus ihre Dörfern hinausgebauen. Hierauf wurde mit der Zeugenernehmung begonnen. Die drei Bürgermeister, zu deren Verwaltungsbezirken die Wohnorte der Angeklagten zählten, machten über den Ruf und die Führung der Angeklagten die allerbesten Angaben.

Handel und Verkehr.

Börsen

Berliner Börse vom 17. Juni. Nach den harten Kursrücksetzungen der letzten Zeit ist heute der schon aus markttechnischen Gründen zu erwartenden gewissen Rückschlag an der Börse eingetreten. Die Spekulation realisierte auf allen Gebieten. Bei allgem. wesentlich ruhiger gewordenen Geschäft als an den Vortagen konnte sich der Kursrückschlag um 1-2 Prozent für einige besonders führende Werte auch um 3 Prozent. Am Rentenmarkt waren wiederum landwirtschaftliche Wertpapiere etwas lehter. Die Geldmarktsverhältnisse sind unbenändert leht, am Devisenmarkt war die Schwankung des Frankensfußes im internationalen Verkehr von 171-107-171 interessant. Die erwähnten Devisennotierungen nur geringe Veränderungen. Letztlich Spanien stellte sich 49 1/2 niedriger.

Stuttgarter Börse vom 17. Juni. Die Börse verkehrte bei kleinem Geschäft und rückläufigen Kursen. Gegen Schluß der Börse machte sich eine gewisse lehtere Haltung bemerkbar.

Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse vom 16. Juni. An der Industrie- und Handelsbörse notierten von Baumwoollwaren in Dollar-Geld: Engl. Troffel, Warp und Hancock Nr. 20 66-68 (am 2. Juni 68-70), Nr. 30 72-81 (181-83), Nr. 35 81-83 (84-86), Hancock Nr. 42 84-86 (87-89) das Stück; von Baumwoollwaren: Kretzschmar 12 1/2 (12-13 1/2), Hancock 1 1/2-1 1/2 (1 1/2-1 1/2), platte Gattane ober Troffel 9 1/2-10 (10-10 1/2) das Stück. Rüböl: Rüböl: 11 1/2, den 7. Juli 1928.

Getreide

Berliner Weizenbörse vom 17. Juni. Weizen meist. 206,75-209; Roggen meist. 182-187; Weizen 196-200; Gerste 175-188; Ocker meist. 190-207; Weizenmehl 37,50-39,75; Roggenmehl 36-37,75; Weizenmehl 10; Roggenmehl 11,75-11,80; Weizenmehl 10-10,40; H. Weizenmehl 10-10,40; Futtererbsen 22-27, Tendenz: lehtig.

Stuttgarter Landesproduktionsbörse vom 17. Juni. Seit dem letzten Bericht ist die Situation im Getreide- und Viehgeschäft gleich geblieben. Stimmuna leht. Viehle angewandert.

Wärte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 17. Juni. Angetrieben waren 1 Ochse, 3 Bullen, 60 Jungbullen, 83 Jungkühe, 23 Kühe, 331 Kälber, 879 Schweine und 8 Zehle; unverkauft blieben 25 Jungrinder und 66 Schweine. Es notierten: Bullen 1, 47-48, 2, 41-45; Jungrinder 1, 61-74, 2, 48-49, 3, 38-42; Kühe 1, 39-42, 2, 10-20, 3, 14-17; Kälber 1, 65-68, 2, 58-64, 3, 50-58; Weidemastkühe 60-64; Schweine von 240-250 Pfund 72-74, von 200-240 Pfund 74, von 180-200 Pfund 71 1/2-73; Sauen 54-64; Verkauf: langsam. Großvieh: Heberhard. Manheimer Viehmarkt vom 17. Juni. Auftrieb: 137 Kälber, 14 Ochse, 111 Schweine, aller Bestand 28. Weiser Kälber 5 29-74, 6 68-78, 7 78-80, 8 78-78, 9 75-75, 10 74-75. Marktverlauf: mit Rückgang langsam, geräumt mit Schweinen langsam, geräumt.

Ulmer Weidemarkt vom 16. Juni. Auftrieb 300 Pferde. Preise für jüngere Pferde a) schwere 1000-1300 M., b) mittlere 800-1000 M., Stubien 400-500 M., Schlammerde 50-100 M.

Letzte Nachrichten.

Die Zahl der Stimmberechtigten

Berlin, 18. Juni. Das Statistische Reichsamts hat, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, eine Nachprüfung der Wahlberechtigten vorgenommen, die für den Ausfall des Volksentscheids von maßgebender Bedeutung ist. Unter Zugrundelegung der Volkszählung vom Jahre 1919 hat sich ergeben, daß die Zahl der Wahlberechtigten, die beim Volksbegehren mit rund 39,5 Millionen angenommen wurde, höchstens 30 Millionen betragen kann.

Die Frage des Ortes für das Reichshohenmal

Berlin, 17. Juni. Der Reichsratsausschuß beschäftigte sich heute mit der Frage des Ortes für das Reichshohenmal. Zu dem von den Frontkämpferverbänden gewünschten Orten Weimar und Goslar zog er nach folgende Orte in die engere Wahl: Augustsburg, Eizenach, Koburg, das Weisgergebiet und die Insel Lorch. Diese Gegenden werden in allernächster Zeit durch den Ausschuß unter Hinzuziehung von Vertretern der Reichsregierung und in Gegenwart des Reichsanstwarts besichtigt werden.

Im Sturm an der Danziger Küste umgekommen

Berlin, 18. Juni. Nach Blättermeldungen aus Danzig haben die Stürme an der Danziger Seeküste, die in der Schifffahrt großen Schaden anrichteten, auch drei Menschenleben gefordert. Das auf einer Fahrt nach Schiewenhorst befindliche Segelboot „Madi“ trieb gestern Kieloben in Odingen an. Von den drei Insassen fehlt bisher jede Spur. Zwei im Zoppoter Hafen verankerte Motorboote wurden so schwer beschädigt, daß sie sanken.

Mostauer Kundgebung gegen die britische Protektnote

Mostau, 17. Juni. Ueber 300 000 Gewerkschaftsmitglieder nahmen an einer Kundgebung gegen die britische Protektnote teil, die heute nachmittag mit den Losungen stattand: „Hände weg von den Sowjetgewerkschaften!“ „Wer werden auf Solidarität mit den Arbeitern anderer Länder nicht verzichten!“ „Wir weisen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion zurück!“ usw. In Betriebs- und Straßenversammlungen wurden nach entsprechenden Ansprachen der Gewerkschaftsführer Entschlüsse in obigem Sinne gefaßt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei Altensteig.

Die Geschäftsaufsicht

über das Vermögen des Inhabers der Firma Gebr. Benz in Nagold, Erwin G. Benz, Chemiker in Gündringen, ist nach rechtskräftig bestätigtem Zwangsvergleich vom 2. Juni 1926 beendet. **Amtsgericht Nagold.**

Die betrogenen Sparer

beteiligen sich am Sonntag grundsätzlich an der Abstimmung betr. Fürstenteignung und zwar ganz nach ihrer persönlichen Einstellung, entweder mit „ja“ oder mit „nein“.

Schwarz.

Lichtspiele
GRÜNER BAUM

Daß Sie am Samstag und Sonntag lachen, dafür bürgen die Namen „Pat und Patachon“ „Harold Loyd“ in den schönen Lustspielen

„Er, Sie u. Hamlet“
„ER“ im Schlafwagen

Preis: I. Platz 1.—, II. Platz 80 Pfg.
Jugendliche haben keinen Zutritt.

Altensteig

Altensteig.

Am Sonntag, den 20. Juni findet voranschließlich

Schluss des Preis-Regelns

mit anschließender Preisverteilung statt, wozu freundlichst einladet

Fr. Scherz z. Löwen.

Schützen-Berein Efringen.

Sonntag, den 20. Juni
Fortsetzung und Vollendung des Preisschießens.

Geschossen wird wieder bei der Ziegelhütte von 9—5 Uhr. 6 Uhr bestimmt Preisverteilung im Gasthaus zum Pilg.

Schützen und Gönner des Sports sind freundlichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Sparer und Rentner!

Der Volksentscheid vom 20. Juni soll nach ausdrücklichen kommunikativen Ankündigungen mit dem Raube des fürstlichen Privatvermögens den Weg zur Vernichtung jeden Privateigentums freimachen.

Mit dem Recht des Eigentümers an Häusern, Grundstücken und Betrieben würde auch jedes Pfandrecht daran, also alle Rechte und Anteile von Hypothekengläubigern, Pfandbriefbesitzern, alle Sparfahrguthaben, Aktien und Obligationen beseitigt und vernichtet werden. Der Volksschwindus, dessen Stärkung ausgesprochenen Zweck des Volksentscheids ist, wird, zur Nacht gelangt, vor den Rechten kleiner wie großer Kapitalbesitzer nicht haltmachen. Für ihn ist jedes Eigentum Diebstahl.

Sind Besitz und Wirtschaft erledigt, hört jede Möglichkeit von Zins- und Rentenzahlungen auf.

Sparer und Rentner! Laßt euch nicht zum zweiftenmal betrügen! Rettet den letzten Rest eures Ersparnis!

Bleibt am 20. Juni der Abstimmung fern!

Kranken-Unterstützungs-Berein Altensteig.

Einladung.

Der Verein hält am Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr seine halbjährige

Versammlung

im Gasth. zum Schwanen hier ab. Wegen wichtiger Besprechung ist zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

Der Vorstand.

Altensteig.

Sommerjoppen
Sporthosen
gestr. Knabenanzüge
blane Arbeitsanzüge
Arbeitsjassen
Gummimäntel
Windjassen
Anzugstoffe

empfehlen billigst

Fritz Witzemann.

Am Samstag, den 19. Juni nachmittags 5 Uhr verkauft an Ort und Stelle den

Heu- u. Dehnd-Grasertrag

von 1 Morgen Acker bei der Lohmühle

Hermann Luz.

Berneck.

Eine 27 Wochen trüchtige **Milch- und Fabrikalb** mit dem 2. Kalb steht dem Verkauf aus **Gottlieb Wurster.**

Gaugenwald.

Verkaufe am Samstag, den 19. ds. Mts.

einen Transport **Milch- und Läufer-schweine**

von vormittags 8 Uhr ab in meinem Stall.

Georg Rupp.

Turnverein Altensteig.

Am kommenden Sonntag, 20. VI. findet in **Hohrdorf** bei jeder Witterung der

Schüler-Turntag

des Nagoldgaaues statt. Abfahrt der hies. Abtlg. morgens 7.15 Uhr. Nachmittags unternimmt der Verein einen

Spaziergang

ebendahin. Abmarsch 1/2 1 Uhr vom Bahnhof. Im Interesse unserer Jugendsache wird um zahlreiche Beteiligung der akt. und passiv. Mitglied. gebeten.

Altensteig.

Guten offenen

Cacao

1/2 Pfund 40 Pfg.,
1/4 " 75

5 Pfund **Mark 3.60**

schöne, gesunde, fränkische

Birnschnitze

Pfund 36 Pfg.

empfehlen

Fritz Rühlhoff

Ein schönes 9 Monate altes

Rind

verkauft **Waldbelch, Gaugenwald.**

Familien-Nachrichten.

Gestorbene:

Unterhaugstett: Marie Hauff, geb. Kusterer (s. Schwanen) 59 Jahre.

Klosterreichenbach: Jakob Schwab, 75 Jahre.

Hesfeldbach: Marie Wein geb. Oesterle, 45 Jahre.

PERFLOR ist besser

Warum anerkannt besser?
Die Waschmethode mit selbsttätigem Waschmittel gab die jetzt trotz wesentlicher Vereinfachung der Arbeit keine Befriedigung, weil es selber nur pulverförmige selbsttätige Waschmittel gab, die infolge ihres Gehalts an Soda und Wasserlass schwarz sind.

Die große, neue Erfindung der selbsttätigen Perflor- Seifenfladen hat der Hausfrau die lang-ersehnte Verbesserung gebracht.

Perflor ist mild wie mildeste Seife, und dennoch wäscht und bleicht es durch nur 1/4 stündiges Kochen ohne lästiges Reiben die große Wäsche und nimmt jeden Fleck, ebenso werden die feinsten Gewebe, Wolle, Seide, handwarm gewaschen, steckendes rein.

PAKET 45 Pfg.

J. R. 125

Ausflug der alten Siebener nach Nagold

9 Uhr „Waldlust“
11 „ Stadtlader“
12 „ Linde“
2 „ Schloßberg“
4 „ Versammlung aller ehem. Siebener in der „Traube“.

Wreden.

Aufruf zum Volksentscheid!

Auch der Mittelstand stimmt am 20. Juni mit Ja!

In einer Zeit, in der breite Schichten des Volkes um alles gekommen sind, in der notwendige Kulturaufgaben aus Mangel an Mitteln vernachlässigt werden müssen, in der es nicht möglich ist, den Wohnungslosen ein Obdach und den Opfern des Krieges und der Inflation die geschuldete Unterstützung zu gewähren, in der der Steuerdruck fast unerträglich ist, in einer solchen Zeit wagen es die ehemaligen Fürsten, die sich neben Besitz noch großer Pensionen erfreuen, Vermögensansprüche in Höhe von ca. 3 Milliarden Goldmark zu stellen.

Nachdem ein annehmbare Kompromissentwurf nicht zustande gekommen ist und die Gerichte in Verkennung der Sachlage gegen die notleidenden Volksmassen und für die Fürsten Entscheidungen getroffen haben, muß es als selbstverständlich gelten, daß durch die volle Durchführung der Volksabstimmung das deutsche Reich davor geschützt wird, dauernd ungeheure Tribute denen zu bezahlen, die es in ihrer Mehrheit am wenigsten um das Volk verdient haben.

Darum unterstützen wir den Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit und rufen dazu auf, am 20. Juni mit dem Ja-Stimmzettel zu beweisen, daß es jetzt gilt, dem deutschen Volksvermögen Milliarden an Geldeswert zu erhalten und sie den durch Krieg und Inflation schwergeschädigten Schichten zuzuführen.

Dr. Robert Kucynski, Major f. E. Gndres, Vorkriegshauptmann a. D. Robert Albrecht, Heilbronn, Max Barth, Redakteur der Sonntagzeitung, Prof. P. Christaller, Dr. med. W. Dietrich, Pfarrer Erwin Eckert, Mersburg, Dr. Minna Flake, s. H. Baden-Baden, A. Gumbel, Heilbronn, Oberlehrer Carl Henke, Schwanningen, Kriegsmilitär a. D. Prof. J. Herrmann, Schultheiß Kummel, Strümpfelbach, Postamtmann Leib, Pfarrer H. H. Göttingen bei Ulm, Prof. Dr. Richard Mehnke-Degerlach, Frau Antonie Mehnke-Sell, Dr. med. Meng, Reinsfeld, Hägele, Frau Frida Verlen, Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Frau Johanna Schneider, Prof. Dr. Sahmann, Dr. Erich Schneider, Herausgeber der Sonntagzeitung, Musikdirektor Bogger, Prof. H. Wilbrand, Ebingen, Dr. Friedrich Wolf, Ebingen.

Sonder-Angebot!

Offertiere:
Ca. 8 Pfd. verschiedene geräucherte Würstwaren zum billigen Preise von **Mark 10.50** einschließlich Porto und Verpackung.
Versand nur gegen Nachnahme.

Spezialität: 1 Pfund Göttinger 1.50 Mark

Mag Mundbrod,
Mehgerei, Jochenhausen Schwaben.

